

Gesamtwert der Publikation schmälern.

Insgesamt bietet die detaillierte Analyse interessante Einblicke in die *black box* zwischen sozialstrukturellen Merkmalen, Kontexterfahrungen und politischem Verhalten. *Thorsten Faas* hat die Aufdeckung und Erklärung dieser komplexen Zusammenhänge in seiner lesenswerten Studie einen großen Schritt voran gebracht.

Melike Wulfgramm

Politische Systeme

Shapiro, Ian, Susan C. Stokes, Elisabeth Jean Wood, and Alexander S. Kirshner (Hg.). *Political Representation*. New York. Cambridge University Press 2009. 368 Seiten. 24,79 €.

„Sie repräsentieren uns nicht“, lautete ein Slogan spanischer Demonstranten im Frühjahr 2011. Der Repräsentationsbegriff zielt auf den Kern politischer Herrschaft. Die Frage nach der Legitimität politischer Repräsentation ist politikwissenschaftlich grundlegend. Sie verweist auf die normative wie die funktionale Dimension demokratischer Systeme, auf das Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Allgemeinheit und regierender Elite, Interessen und ihrer Vertretung.

So allgegenwärtig und zentral der Begriff, so wenig eindeutig seine Bedeutung. Auf die dem Begriff innewohnenden Paradoxien verwies bereits Hanna Fenichel Pitkin in ihrem 1967 erschienenen Standardwerk *The Concept of Representation*. Ihre weite Definition „the making present *in some sense* of something which is nevertheless *not* present literally or in fact“ (9) kann bis heute eine gewisse Gültigkeit bean-

spruchen, ebenso ihre Unterscheidung einer formalen, deskriptiven, symbolischen und substantiellen Ebene von Repräsentation. Der Sammelband *Political Representation*, herausgegeben von ausgewiesenen Experten des Fachs wie *Ian Shapiro*, *Susan C. Stokes*, *Elisabeth Jean Wood* und *Alexander S. Kirshner*, diskutiert nicht nur Bedeutungen und Paradoxien des Repräsentationsbegriffs. Ziel des Bandes ist es, „to explore the relations between representation and democracy, better to understand the tensions between them, and to help work toward an understanding of representation that is both satisfying in its own right and comfortable with democratic understandings of political legitimacy“ (1).

Hierzu setzen die Herausgeber die Auseinandersetzung mit politischer Repräsentation im ersten Kapitel (I) bereits bei „Representation before representative democracy“ (15-61) an. Der Beitrag von *David Runciman* (15-34) markiert in Abgrenzung zu Pitkin die Möglichkeiten, welche die Philosophie von Thomas Hobbes demokratiethoretisch bereithält, nämlich, Repräsentation nicht reduktiv – begrenzt auf das Verhältnis von Repräsentierenden und Repräsentierten –, sondern im Wechselspiel zwischen Individuen, Regierungen und Staaten und damit in der nötigen Komplexität zu denken (32). *Mark Knight* analysiert in seiner genauen historischen Studie Möglichkeiten der Partizipation und „temporärer“ Repräsentation (39) britischer Bürger im vormoderne Großbritannien *jenseits* von Wahlen und direkter Repräsentation (35-61).

Die Diskussion (moderner) „Theories of political representation“ des zweiten Kapitels (II) (61-139) eröffnet *Philip Pettit* (61-89), der gerade den „Link“,

also das Verhältnis zwischen „representative“ und „representee“, in den Mittelpunkt seiner Betrachtung stellt. *Pettit* unterscheidet verschiedene Varianten dieser Beziehung im Spannungsfeld „indikativer“ und „responsiver“ Repräsentation und verweist auf die Folgen der „representational priority“ (87) für die politische Kultur. Das Verhältnis von repräsentativer Regierung und Volkssouveränität untersucht *Bryan Garsten* (90-110) im Rückgriff auf Jean-Jacques Rousseau, Benjamin Constant und James Madison. *Garsten* plädiert dafür, Repräsentation in Hinsicht auf den Volkswillen nicht rein instrumentell zu verstehen (90); vielmehr liege der Zweck repräsentativer Institutionen in der Vervielfältigung und Herausforderung der Ansprüche der Regierenden, das Volk zu repräsentieren (91). Ebenso kritisch verfährt *Clarissa Rile Hayward* (139-159) mit konventionellen Sichtweisen der Repräsentationsforschung: Legitimität werde nicht durch ein Sichtbarmachen der Interessen der Repräsentierten erzeugt (112), da diese Interessen selbst jeweils politisch geformt und konstruiert seien, sondern durch die Förderung der freien Auseinandersetzung über kollektive Probleme (132).

Auch *Courtney Jung* betont am Beginn des dritten Kapitels (III) zu „Representation and inherited justice“ (139-211) die politische Konstituierung von Interessen: In ihrem Beitrag zu „Critical Liberalism“ (139-158) verwehrt sie sich gegen eine Sichtweise auf Gruppen als kulturell gegebenen Entitäten. Sie macht vielmehr deren strukturelle Ursprünge auf der Basis historischen und andauernden Unrechts (146) und dessen Reflexion in „membership rights“ (151f.) zur Grundlage eines Ansatzes der Verpflichtung des politischen Han-

delns repräsentativer Demokratien. *Mahmood Mamdani* (159-211) illustriert die Implikationen strukturellen Unrechts am Beispiel der Geschichte des rechtlich-politischen Bürgerstatus der Ureinwohner Nordamerikas. In seiner beeindruckenden Studie zeichnet er nach, wie der Status der *natives* auf Grundlage unterschiedlicher staatlicher Souveränitätskonzepte über Jahrhunderte unter anderem zwischen „free persons“ und „wards“ (161) schwankte. Er bietet so einen Einblick in die staatlich erzeugte (Re-)produktion von Ungleichheit, Enteignung und Unrecht. Die hieraus sich ergebende Problematik der Repräsentation benachteiligter Interessen und Gruppen diskutiert Kapitel (IV) anhand der Frage „What role for representative quotas?“ (211-271). *Shireen Hassim* (211-235) zeigt am Beispiel Afrika, warum das Konzept der Gender-Quoten den (Transformations-)Kontext gerade junger Demokratien nicht ausreichend berücksichtigt (232) und somit nicht notwendigerweise zu mehr Partizipation strukturell benachteiligter Gruppen im Sinne eines „Gehörtwerdens“ (228) beiträgt. Auch *Andrew Rehfeld* nimmt eine skeptische Perspektive im Hinblick auf Quotenlösungen ein (236-268): Mögliche Rechtfertigungen für diese – als die er „justice“, „democratic distrust“ und „public choice“ (bzw. diesbezügliche Konflikte) ausmacht (252) – wiegen die Verletzung fundamentaler Rechte der Wähler, die mit der Setzung exogener Qualifikationen für politische Ämter wie Quoten einhergingen, nämlich „unrestricted choice set for voting“ und „citizen’s equal right to run for any office“ (265), nicht auf.

Die Beiträge des letzten Kapitels des Bandes (V) beschäftigen sich mit dem

Bereich der „Preferences, persuasion, and democratic representation“ (271-358). *John Ferejohn* und *Frances Rosenbluth* (271-303) wenden sich der Seite der Repräsentierenden aus einer nach Pitkin „formalistischen“ Perspektive (278) zu und charakterisieren diese in ihrer Studie zur aristokratischen Herrschaft als „a strange and dependent kind of aristocracy“ (301). Eine stärker empirische Perspektive nehmen die folgenden drei Beiträge ein: So befasst sich *John E. Roemer* mit dem zuweilen heiklen Verhältnis von Parteipolitik und Wählerinteressen am Beispiel der amerikanischen Republikaner (304-323). *Sandhil Mullanathan*, *Ebonya Washington* und *Julia R. Azari* verdeutlichen anhand der Mediendebatten von Kandidaten im New Yorker Bürgermeisterwahlkampf von 2005 (324-341), wie kompliziert eine Messung der Effekte dieser Debatten sich gestaltet (339), während *Gary W. Cox* den Band mit einem Beitrag (342-357) zur Diskussion der Modelle der „swing“ und der „core voters“ (342) beschließt.

Es ist auch diese methodische Vielfalt, die den vorliegenden Sammelband so attraktiv macht, bietet er doch eine elegante Verbindung von Erkenntnissen aus Geschichts-, Volks- und Politikwissenschaft, Theorie und Empirie. Gerne hätte man deshalb noch mehr gelesen – beispielsweise zum anklingenden Thema der Wechselwirkung zwischen ökonomischer Ordnung und politischer Repräsentation oder zur internationalen Dimension. Doch handelt es sich hier gewissermaßen um einen Standardvorwurf an Sammelbände; die in diesem Band vorgenommene Konzentration auf bestimmte Aspekte ist nachvollziehbar. Hervorgegangen aus einer Konferenz der Reihe „Rethinking

Political Order“ in Yale 2006, bietet der Band eine glänzende Diskussion politischer Repräsentation auf höchstem wissenschaftlichen Niveau, die herrschende Forschungsmeinungen zur Repräsentationsdemokratie kritisch hinterfragt und innovativ weiterentwickelt.

Birgit Hofmann

Vergleichende Politikforschung

Steinmo, Sven. *The Evolution of Modern States. Sweden, Japan, and the United States*. Cambridge. Cambridge University Press 2010. 288 Seiten. 50£/57,38 €.

Wie gehen hochentwickelte, demokratisch verfasste Industriestaaten mit den Herausforderungen wirtschaftlicher Globalisierung um, und warum scheint sich insbesondere die Vermutung nicht zu bestätigen, dass die entsprechenden Anpassungsstrategien unvermeidbar konvergieren, und zwar zu einem sozialpolitischen „race to the bottom“, also zum drastischen Abbau wohlfahrtsstaatlicher Elemente? Auf diese nicht ganz neuen Fragen wirft *Sven Steinmo* anhand einer vergleichenden Untersuchung der drei sehr unterschiedlichen Systeme Schwedens, Japans und der USA einen frischen, unorthodoxen, anregenden Blick. Die eigentliche Absicht des Buches geht aber, wie sich schnell erweist, über diese konkreten wirtschaftspolitischen Fragen und Fallbeispiele deutlich hinaus; der nicht ganz glückliche, weil missverständlich allgemein gehaltene, wenig aussagekräftige Titel des Buches deutet es an: Es geht darum, zwar auch